

ber einmal vorgekommen sein, daß ein Schulkollegium außer Dienst gestellt wurde. Das ist wohl schon lange her. So weiß das nicht. Was die Schulpflichtigen anlangt, so sind diese schon in der Voruntersuchung vernommen worden. Die Vernehmung hat aber vorausgesetzt, daß ihre Vernehmung als Sachverständige von der Staatsanwaltschaft beantragt werden würde. Ihrer Vernehmung als Zeugen hat nichts im Wege gestanden.

Abg. Erberger (Ztr.):

Parteipolitische Betreibungen wollen auch wir nicht in den Reichsbetrieben dulden. Aber wer entscheidet, ob jemand Agitator ist? Der Schatzmann? Staatssekretär von Tiroitz? Der Vizepräsident? Auch der darf es nicht. Auf den Stand von Sachverständigen will ich gar nicht eingehen. (Käsende Jurnde der Polen.) Nach den Entgegnungen des Staatssekretärs habe ich den Eindruck, daß alles beim alten bleiben wird. Die Hauptfragen hat er unbeantwortet gelassen und ist auf Nebenfragen eingegangen. Niemand hat einen Kaufmann an der Spitze verlangt; es kann ein Admiral sein, aber mit größter Berücksichtigung der Kaufleute und Techniker. Es fehlt ein Reichsbetriebsamt. Beschwerdematerial stellen wir dem Staatssekretär reichlich zur Verfügung, aber die Zeugen werden nie vernommen, und dann heißt es, die Untersuchung habe die Unrichtigkeit der Behauptungen ergeben.

Staatssekretär v. Tiroitz

wiederholt unter dem Beifall der Rechten die Erklärung, daß zwischen politischer Meinung, um die man sich nicht kümmern, und friedenbringender Agitation ein Unterschied gemacht werden müsse. Danach verlassen alle Staatsbetriebe. Ich habe alle Fragen nach Möglichkeit beantwortet und man hat mich sogar schon den Vorwurf gemacht, daß ich zuviel spreche. In der Frage, daß eine Konzentration des Beschäftigungswesens richtig ist, stimme ich mit Herrn Erberger überein, obwohl er ein Zentrumsmann ist. (Zuruf: Weil!) Man muß die Frage haben, einmal daneben zu gehen, sich vor Kleinigkeit, Bedenkerie und Aengstlichkeit hüten, die Rolle über Wasser halten.

Abg. Regien (Gog.):

Schließlich sind wir Beteiligten noch die Schuldigen! Die 2 Millionen Gemeindefiskalisten mit ihren Familien sind die größten Steuerzahler im Reich und haben ein Recht, zu verlangen, daß diese Schlampe aufhört. Es wird die Zeit kommen, wo die Stimmen der Arbeiter im Reichstage mehr Geltung haben, und dann werden wohl Sie, Herr Staatssekretär, nicht mehr im Amte sein.

Nach kurzer weiterer Erörterung wird die Besprechung der Interpellation geschlossen.

Das britische Handelskonsulorium und der Entwurf über die Hinausführung der Hinterlassenenversicherung werden ohne Erörterung in dritter Lesung verabschiedet.

Darauf wird die

erste Lesung des Handelsvertrags mit Portugal fortgesetzt.

Abg. Wallenborn (Ztr.):

Speziell gegen den Vertrag. Besonders der deutsche Weinbau sieht sich bedroht.

Abg. Gohse (fr. Bgg.):

Unsere Unterhändler sind unzulänglich. Sie haben den lächerlichen Wahn bemerkt, Man sollte Fäulnis Fräulein Lappschlange zum Abschluß der Handelsverträge kombinieren. Ohne Wendung unseres Zolltarifs kommen wir nicht zu einer erfolgreichen Exportpolitik.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Mit der jetzigen Zollpolitik haben wir den Markt der ganzen Welt erobert und einen kauftüchtigen inländischen Markt geschaffen, die Grundlage für eine gesunde nationale Industrie. Ein Zollkrieg würde uns vorübergehend zum portugiesischen Markt ausschließen, und das wäre gefährlich für unsere Exportindustrie. Wir haben bei den Vertragsverhandlungen erreicht, was wir konnten. Am Sonnabend haben vier Interessenten weniger Industrien gesprochen, die allerdings hart getroffen werden.

Staatssekretär des Auswärtigen Herr v. Schoen:

Die Klagen über die Unzulänglichkeit unserer Diplomatie sind unbegründet. In der Kommission werden wir das nachweisen. Man ist über den Werdegang eines Handelsvertrages in der Öffentlichkeit nicht unterrichtet.

Abg. Baum (Cochem, Ztr.) führt Klage, daß man den deutschen Weinbau im Stiche lasse.

Abg. Stresemann (ntl.):

Wenn der Staatssekretär meine Kollege Merkel habe als Interessenvertreter, so war das eine Entgleisung. Er sprach als Vertreter seiner Fraktion auf Grund eingehender Fraktionsverhandlungen. Der Vertrag hätte der öffentlichen Kritik unterbreitet werden müssen. Der Redner kritisiert den Vertrag im einzelnen und verlangt Kommissionsberatung.

Nach weiterer Aussprache wird der Handelsvertrag mit Portugal einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen. Donnerstag 1 Uhr: Etat. Schluß gegen 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Baugenossenschaftsverbände.

v. T. Am Montag, den 6. Dezember, fand im Abgeordnetenhaus unter dem Vorsitz von Professor Dr. C. Albrecht eine Konferenz von Vertretern der Baugenossenschaftsverbände statt, die im Vereine mit Kommissaren des Reiches u. a. über wichtige Frage des Baugenossenschaftswesens verhandelten. Auf der Tagesordnung stand in erster Linie die Frage der Darlehensgewährung für den Kleinwohnungsbaues seitens des Reiches und des Staates. Angesichts der Tatsache, daß in dem diesmaligen Reichstage eine Einschränkung der hierfür vorgesehenen Mittel von vier Millionen auf zwei Millionen Mark vorgebracht ist, wurde eine Resolution eingebracht und von den Vertretern der Verbände einstimmig angenommen, die es im Interesse des Kleinwohnungsbaues für dringend wünschenswert erklärt, daß eine solche Einschränkung der Gewährung von Mitteln durch das Reich nicht stattfinde. Ferner wurde über die Förderung des Wohnungswesens, insbesondere der gemeinnützigen Bautätigkeit durch steuerliche Maßnahmen referiert und ein Uterausfluß eingeleitet, der zu diesem Thema der nächsten Konferenz bestimmt formulierte Vorlesungen machen soll. Endlich wurde über die

Frage der Hypothekentilgung mit Hilfe der Lebensversicherung, ein Entsch. das namentlich in Belgien große Verbreitung gefunden hat, verhandelt. Auch zu diesem Punkte der Tagesordnung wurde nach eingehender Diskussion ein fidelegiedriger Ausschuss eingesetzt, der in Verbindung mit Versicherungsgesellschaften eine weitere Klärung der Frage herbeizuführen und Normativbestimmungen für etwaige Verträge mit Lebensversicherungsgesellschaften auszuarbeiten soll.

Von der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute. I.

Aus Düsseldorf, 5. Dezember, wird gemeldet: Die aus allen deutschen Gauen und dem Auslande außerordentlich zahlreich besuchte Hauptversammlung wurde durch den Vorsitzenden Generaldirektor Generalintendant Springorum in Dortmund und hiesiger Regierung der Mitglieder und Gäste eröffnet.

Aus dem von dem Abg. M. Acco (Siegen) erstatteten Referat über „Wirtschaftliche Fragen der Gegenwart“ verdienen die nachstehenden, dem Berichte der „Kölnischen Zeitung“ entnommenen Sätze besonderes Interesse. Abg. M. Acco meinte u. a., bei zwei Punkten der sozialen Gesetzgebung müsse Halt gemacht werden.

Der erste ist der Moment, bei dem sie anfängt, auf die persönlichen Eigenschaften der Beschäftigten einen zurückhaltenden Einfluss in der eigenen Fürsorge der einzelnen auszuüben. Die darin liegende Gefahr der Unterbrechung der sittlichen Entwicklung des einzelnen und einer großen Zahl der Staatsbürger in der Gesamtheit birgt die folgenschweren Gefahren in sich und zeigt heute schon ihre Anzeichen in den übertriebenen und vielfach auf Täuschung beruhenden Ansprüchen an die Versicherungsgesellschaften. Ohne das Gute der Gesetzgebung zu gefährden, muß es außerordentlich schwer, diesen Folgen entgegenzutreten. Die gelegentlichen Härtenfälle haben dieses ethische Moment bis jetzt noch nicht berührt. Der zweite Punkt ist, bei dem die soziale sowie überhaupt die ganze gewerbliche Gesetzgebung seines Ermeßens Halt machen muß, ist der Moment, an dem sie einen wesentlich erschwerenden Einfluss auf die Arbeitsleistung des Beschäftigten und die Befähigung zur Arbeit für denselben hat. Geht der Grundgedanke verloren, daß das höchste Ziel der sozialen Fürsorge lohnende und gute Arbeit ist, so verliert die ganze Fürsorge ihren sittlichen und praktischen Boden. Berücksichtigt man auf der einen Seite die Summen, welche unserem gewerblichen Leben langsam entzogen werden, und auf der anderen Seite die Tatsache, daß gerade die sozial wichtigsten kleinen und mittleren Industrien vielfach am Ende ihrer Existenzfähigkeit stehen, so muß man wohl die Berücksichtigung hegen, daß diese Fürsorge für unsere deutschen Beschäftigten nicht in die richtigen Bahnen geleitet und die Versicherung derselben nicht überall im richtigen Verhältnis zur Praxis steht. In einer vorzüglichen Arbeit in „Lehnt und Wirtschaft“ wird nachgewiesen, daß die deutsche Arbeiter-Versicherung von 1880 bis 1907 um Arbeitgeber 4, um Arbeitnehmer 3% und vom Staate 3% Milliarden an Beiträgen eingebracht, daß die gesamten Einnahmen mit Zinsen 9 Milliarden betragen haben. Hierin sind 6 Milliarden an der Versicherung, oder 2% Milliarden mehr gezahlt worden, als sie an Beiträgen geleistet haben. Im Jahre 1907 wurden im ganzen 580 Mill. an Entschädigungen gezahlt. Läßt man die Frage unerörtert, ob diese Entschädigungen alle berechtigt sind oder nicht, so heißt doch die Tatsache, daß die Invalidenversicherung ein Vermögen von 1400 Mill. angeammelt und dies vorläufig noch um etwa 100 Mill. jährlich vermehrt, wegen ihrer Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit sehr erörterungsbedürftig. Hier muß die Frage gestellt werden, ob man sie in ihrer Vollendung und Weiterentwicklung zu fähigen.

Kleine politische Nachrichten.

Eine Reichstagsberatung. Eine in Schwachstimmigen. Nach der „Schles. Ztg.“ will der Pole v. Sakhaworski der Unzulänglichkeitserklärung seines Mandats vorzuerufen und sein Mandat niederlegen, wahrscheinlich noch vor Weihnachten.

Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hat an den Reichsanwalt eine Eingabe gerichtet, die Schäden des gewerkschaftlichen Arbeitsnachweises dadurch zu beseitigen, daß er in der Gewerkschaften und durch ein Spezialgesetz bestimmt werde, daß die Erlaubnis zum Betriebe des Stellenvermittlungswesens von der Behördensatzung abhängig gemacht werde. Die Behördensatzung ist dort zu verstehen, wo durch öffentliche oder gemeinnützige Arbeitsnachweise für eine ausreichende Gelegenheit zur Arbeitsvermittlung bereits erfolgt ist. Die Erlaubnis ist dann zu verlangen, wenn Tatsachen vorliegen, die den Bewerber wegen seiner persönlichen Eigenschaften als nicht geeignet für den nachgeschickten Betrieb erweisen lassen.

Heer und Flotte.

Der neue Gouverneur von Urm. Der General der Infanterie v. Boehm, bisher Kommandeur der 18. Division in Flensburg, ist zum Gouverneur der Festung Urm auf beiden Donau-Ufern ernannt worden. General v. Boehm ist eine in Berliner Offizierskreisen wohlkannente Persönlichkeit, da er einen großen Teil seiner Dienstzeit im Gardekorps zugebracht hatte. Hierauf befehligte er das Hamburger Infanterieregiment und die 10. Infanteriebrigade in Frankreich. Die Festung Urm ist insofern eigenartig, als sie lediglich bairische und württembergische Truppen in Garnison hat. Nur der jedesmalige Gouverneur ist ein preussischer Offizier, der vom Kaiser ernannt wird. General v. Boehm ist der Bruder des jetzigen Kommandanten von Berlin.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Reichsanwalt gerichtet. Der Kaiser hat dem Generalmajor Marshall von Sulda, Kommandeur der 57. Infanteriebrigade, die Erlaubnis zur Anlegung des „Sterns zum Kommandeurkreuz zweiter Klasse des Großherzoglich Badischen Ordens vom Jahrgang Löwen“, Generalmajor von Deimling die Genehmigung zur Anlegung des „Sterns zum Kommandeurkreuz zweiter Klasse mit Schwertern desselben Ordens“ erteilt.

Der Herzog Albrecht zu Mecklenburg-Schwetzn, Regent von Braunschweig, vollendet heute das 52. Lebensjahr.

Dem Regierungsvertrag und Fortrat, Geheimen Regierungsrat Ulener, Vorstand des Forteinrichtungs-Bureaus in Straßburg i. E., ist die nachgeschickte Entlassung aus dem Dienste des Reichslandes mit Pension erteilt worden.

Nach einer dem „Tag“ vorliegenden Meldung aus Straßburg soll der Kommandierende General des 15. Armeekorps General der Infanterie Ritter von Göttingen beabsichtigen, zu Anfang des nächsten Jahres in den Ruhestand zu treten. Der General ist der älteste Kommandierende General. Das im Elsaß garnisonierende Korps kommandiert er bereits seit dem Jahre 1903. Auch der Gouverneur von Straßburg, General der Kavallerie v. W. H. n. e. z. soll demnächst seinen Abschied nehmen.

Ausland.

Ein politischer Sensationsprozess.

Der dem Wiener Schwurgericht beginnt Donnerstag ein hochpolitischer Sensationsprozess. Der bekannte Historiker Dr. Heinrich Friedjung hatte, als nach der Annexion Bosniens der serbisch-österreichische Konflikt seinen Höhepunkt erreichte, in der „Neuen Freien Presse“ mehrere Artikel veröffentlicht, die den Abgeordneten von Kroatischen serbischer Nationalität hochverräterische Beziehungen zur Belgrader Regierung vorwarfen und sie beabsichtigten, im Solde der Karageorgewitsch gestanden zu haben, um nach der Loslösung Bosniens und der Herzegovina von Oesterreich ein großserbisches Königreich auszurufen.

Gleichzeitig erschienen in der „Wiener Reichspost“ einige Artikel, in denen dem ungarischen Handelsminister Kossuth vorgeworfen wurde, im Kampfe gegen die Krone sich vieler serbisch-kroatischen Abgeordneten bedient zu haben, um die der Monarchie höchst unbedeutsame großserbische Agitation in Bosnien als Vorspann für die Unabhängigkeit Ungarns von Oesterreich auszunutzen. Infolge dieser Artikel haben zwei unfähig Abgeordnete Kroatiens Dr. Friedjung und die „Reichspost“ vor dem Wiener Schwurgericht verklagt.

Es ist öffentliches Geheimnis, daß Friedjung mit dem Ministerium des Äußeren in enger Verbindung steht, während die „Reichspost“ häufig von der der Umgebung des Thronfolgers inspiriert wird.

Arbeiterunruhen in Griechenland.

(Es trüft um den Thron.)

Der „Times“ wird aus Athen gemeldet, daß die politische Lage sich durch ernste Rundgebungen unzufriedener Arbeiter verschärft habe. Einige hundert Eisenbahnarbeiter, denen eine schwere Forderung vorgetragen wurde, marschierten vor das Parlament und verlangten unter Drohungen die Einführung eines hohen Schutzzolles auf ausländische Maschinen und Werkzeuge. Sie konnten nur durch ein hartes Infanterieaufgebot davon abgelenkt werden, in die Kammer einzudringen.

Fast gleichzeitig verarmten sich im Piräus mehrere tausend Arbeiter, deren Reiner dieselbe Forderung erhoben. Infolge der drohenden Haltung der Arbeiterschaft sind sämtliche Fabriken der Stadt geschlossen. Man vermutet, daß man es hier mit einem von langer Hand vorbereiteten Plane zum Sturze der Regierung durch die Arbeiter zu tun habe.

Dem „Standard“ wird aus Athen gemeldet, daß abernach dem G. r. u. t. v. n. der Abdantung des Königs bestimmt aufträte, und zwar werde außer dem unvermeidlichen Herzogenerzog diesmal auch ein Neffe des früheren Griechenkönigs Otto und der älteste Sohn Georg des Kronprinzen Konstantin als ausführendste Bewerber genannt.

Kleine Tagesnachrichten.

Die Reichsheit in Wiener Gemeinderat. In einer Sitzung des Wiener Gemeinderats interpellierte ein Gemeinderat wegen einer nackten Nymphenfigur an einem Denkmal im hiesigen Park. Der Magistrat hatte gleichfalls ein Gutachten erlassen, das gegen das Denkmal ausgefallen war. Dr. U. r. e. fertigte den Interpellanten mit folgenden ironischen Worten ab: „Ich werde wirklich danach trachten, daß die bemittelte Aufstellung zurückgezogen wird. Was mich diese nackten Frauen schon geärgert haben, ist immer schon. Ich werde an seine Heiligkeit den Papst schreiben, er möge die vatikanischen Sammlungen zu prüfen, weil zu viele Kubitiden darin sind. Was zu viel ist, ist zu viel. Diese Angst vor jedem nackten Frauenkörper ist schon lächerlich. Ich möchte wissen, wen das geriert.“

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 8. Dezember.

Die Stadtverordneten-Wahl.

Den Sozialdemokraten schwimmen die Felle weg; wenn nicht alles trägt, ist's nichts mit der prahlerischen Prophezeiung: Der 8. Dezember soll die Vollendung des Sieges vom 26. November sein. Die ärgerliche Dille hatte am Schluß des zweiten Wahltages genau einen Vorprung von 700 Stimmen: es fanden 4832 Bürgerliche 4132 Sozialdemokraten gegenüber.

Selbstverständlich wird die Sozialdemokratie am heutigen Schlußtage noch einmal alle Kräfte anspannen, den Erfolg an ihre Fahne zu knüpfen, aber die Wähler werden vergeblich sein, wenn auf bürgerlicher Seite die vielen Hunderte Säugmüher sich aufraffen und zum Wahlzettel eilen. Und das muß geschehen! Je größer die Majorität, um so empfindlicher die Niederlage, um so schöner die Kenneade für den 26. November.

Im einzelnen wurden am zweiten Wahltage folgende Stimmen abgegeben:

	Soll.	N. B.	Sozialdem.
Börschule Drenschützstraße	106	128	
Kaiser-Wilhelmshalle, Neue Prom.	254	184	
Schulstraße, Arbeiterfrage	316	398	
Mittelschule Loritzstraße	194	493	
Börschule Taubertstraße	287	370	
Gymnasium Sophienstraße	207	98	
Börschule Preußenstraße	400	128	
Börschule Schillerstraße	380	155	
Börschule Hermannstraße	177	182	

Zusammen 2901 2131
am ersten Wahltage 2531 2001

Insgesamt an beiden Tagen 4832 4132

Konferenz der Bürgermeister und Stadtordnungsvorsteher des Regierungsbezirks Merseburg.

Auf Einladung des Bürgermeisters Kretschmar sind die Bürgermeister und Stadtordnungsvorsteher der Städte und Gemeinden des Regierungsbezirks Merseburg hier in der Stadtordnungsvorsteherkonferenz zu einer Konferenz zusammengekommen, die über eine Neuordnung der Einkommen der Kommunalbeamten Beschlüsse fassen sollte. Der Königliche Regierungsrat in Merseburg hatte als Leiter der Konferenz den Regierungsrat Knobloch entsandt; ferner waren anwesend der Oberbürgermeister Dr. R. Knecht, Stadtordnungsvorsteher Stedener, Halle, der Verwaltungsgerichtsdirektor Klinkhoff und eine Anzahl Landräte.

Bürgermeister Kretschmar, der den Vorsitz führte, begrüßte die Versammlung; danach hielt der Direktor des städtischen Statistischen Amtes in Halle, Privatdozent Dr. Wolff, einen Vortrag über die Bewegung der Einkommensverhältnisse in Preußen. Redner führte aus:

Es ist bekannt, daß die Belastung des deutschen Volkes durch die Reichsfinanzreform dort am schmerzhaftesten empfunden wird, wo ein festumgrenztes Einkommen vorhanden ist, und die Möglichkeit fehlt, die Belastung abzumildern. Die Belastung durch die Reichsfinanzreform beträgt für den Durchschnittshaushalt nicht weniger als 230 Mark pro Jahr. Der Kaufmann, der Vermietet, der Handwerker können sie im allgemeinen abwägen, der Beamte nicht. Dazu kommt, daß in den letzten Jahren auf den verschiedensten Gebieten eine sehr bedeutende Verteuerung eingetreten ist: der Lebensmittelpreis um 20 Proz., der Meerespreis um 15-20 Proz., der Rohwollpreis um 20-30 Proz., der Materialpreis um 20 bis 40 Proz., zum großen Teil durch den Zolltarif, der allerdings dem Reiche 700 Millionen Mark Einkommen bringt. Die Einkommenssteigerung in Preußen beträgt weiter 13 Mark pro Kopf; die ca. 500 Millionen Mark der Reichsfinanzreform treiben ferner alle Aufwendungen der Lebenshaltung in die Höhe, so daß die Preise 25, in bis 40 Proz. höher geworden sind, als vor anderthalb bis zwei Jahrzehnten. Durch Erhebungen für die Jahre 1885 und 1907 ist festgestellt, daß für einen einfach gestrichelten Haushalt der jährliche Aufwand von 1063 auf 1295 Mark, also um ca. 230 Mark gestiegen ist, das sind 22 Proz. Die Wirkung der Reichsfinanzreform erscheint in diesen Ziffern natürlich noch nicht. Aus solchen Erwägungen heraus erfolgte die Erhöhung der Gehälter der Staats- und Reichsbeamten, sie beträgt seit Mitte der neunziger Jahre für Sekretäre der Eisenbahn um 13 Proz., Kanalführer 15-21 Proz., Polizeileitende und andere sogar 35-40 Proz. In absoluten Zahlen ausgedrückt betrug das Sekretärsgehalt durchschnittlich 1895 3400 Mark einschließlich Miets, 1902 3850 Mark, für Noten und ähnliche Beamte 1895 1230 Mark, 1902 1670 Mark. Im großen und ganzen dürfte die Aufbesserung den berechtigten Bedürfnissen der Gegenwart Genüge getan haben, man darf sagen, der Staat ist sekundär der veränderten Lebenshaltung gerecht geworden.

Wie sieht die Sache bei den Kommunalbeamten? Die Ausgabeneile ist bei ihnen ähnlich belastet wie bei den Staatsbeamten, aber ihr Einkommen bleibt stark hinter dem im Range gleichstehenden Kategorien der Staatsbeamten zurück. Die prozentuale Steigerung ist ja hier und da größer als beim Staat, aber die Staatsbeamten hatten ja auch im allgemeinen schon immer ein erheblich höheres Einkommen. Redner legte im einzelnen die historische Entwicklung dieses Verhältnisses dar.

Auf den Kopf der Bevölkerung stieg das Einkommen in Preußen von 1870 157 Mark im Jahre 1892 auf 336 im Jahre 1908.

Auf den Kopf der Bevölkerung stieg das Einkommen in

	1892	1908
Preußen	157,8	336,4 + 79,1 Proz.
Reg.-Bez. Magdeburg	240	341 + 41,9 "
Reg.-Bez. Merseburg	184,8	291 + 57,9 "
Reg.-Bez. Erfurt	171	298,2 + 73,8 "
Stadtkreis Magdeburg	453,1	598,9 + 31,3 "
Stadtkreis Halle	433,1	566,3 + 30,8 "
Stadtkreis Erfurt	374,2	598,4 + 59,9 "
Stadtkreis Salzfahrt	290,2	478,8 + 64,8 "
Stadtkreis Wittenhausen	264,2	375,2 + 42 "
Stadtkreis Nordhausen	366,4	513,4 + 40,1 "

Wenn man hiermit das Einkommen der städtischen Beamten vergleicht, so ergibt sich eine weit geringere Steigerung; 20 bis höchstens 30 Proz. Da auch das Einkommen der Staatsbeamten erheblich stärker gestiegen ist, ergibt sich die Schlussfolgerung, welche früher entstehen, wenn die Befoldungsverhältnisse der städtischen Beamten in der Steigerung hinter denen der Staatsbeamten und ganz allgemein zurückbleiben?

Wichtige Kräfte werden sich zu besser besoldeten Stellen fortbewegen, Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsleistung werden abnehmen, die Städte verlieren in jenen wichtigen Zeiten meist wertvolle Kräfte, also ganze Sauschale, die Konsumfähigkeit der städtischen Bevölkerung sinkt, Handwerker und Krämer leiden darunter, ebenso die Vermietler, kurz alle in der Gemeinde haben sie ein Interesse daran, daß die Gemeindebeamten gut geordnete Gehaltsverhältnisse besitzen. Deshalb ist es an der Zeit, daß die Gemeinden — im Sinne des Nationalökonomern Schmoller — ihre Leistung für eine handelsgemäße Unterhaltung ihrer Gemeindebeamten fordern. Ein arbeitsfreudiges, sittlich hochgestelltes Personalium ist hohen Aufgaben gewachsen, zum Wohl von Stadt und Vaterland.

Nach dem mit Beifall und Dank aufgenommenen Vortrage

Bürgermeister Kretschmar

folgendes dar:

Durch Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 25. Mai 1907 wurden auf Intervention des Zentralverbandes der Gemeindebeamten Preußens wegen der unzulänglichen Befoldungsverhältnisse der Kommunalbeamten Beschlüsse der Stadtgemeinden eingefordert und statistische Erhebungen angefordert.

Nach einer weiteren Verfügung des Herrn Ministers des Innern vom 31. Dezember 1907 wurde festgestellt, die erstellten Berichte und statistischen Erhebungen hätten ergeben, daß die Befoldung der Kommunalbeamten an vielen Orten einer Aufbesserung dringend bedürftig ist. Die Stadtgemeinden wurden angewiesen, im Hinblick auf die Gehaltssteigerungen der Reichs- und Staatsbeamten, mit Rücksicht auf die allgemeine Verteuerung der Lebensverhältnisse für eine den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Gehaltsaufbesserung ernstlich Sorge zu tragen.

Durch die im Reich und in Preußen zum Abschluß gebrachte Befoldungsreform ist sowohl für die Reichs- und

unmittelbaren Staatsbeamten, als auch für die Geistlichen, die Lehrer an den höheren Schulen und die Volksschullehrer eine durchgreifende und wirksame Aufbesserung ihrer Dienstbezüge erfolgt.

Die Provinzialverbände und Landesversicherungsanstalten sind diesem Vorhaben bereits gefolgt. Die Gründe, die diese Maßnahmen beantragt haben, treffen nicht nur in vollem Umfang auch auf die Kommunalbeamten zu, sie haben bei diesen sogar zum Teil eine erhöhte Bedeutung, da vielfach ihre Gehälter, namentlich in den kleinen und mittleren Städten und Kommunalverbänden, weit hinter den bisherigen Befoldungen gleichartiger Gruppen der Staatsbeamten zurückstehen und ganz unzulänglich sind.

Erfreulicherweise ist eine Anzahl größerer, aber auch mittlerer und kleiner Städte, Kreise und Landgemeinden nach Erledigung der staatlichen Befoldungsreform in dankenswerter Weise sofort dem Vorhaben des Staates gefolgt.

Der Herr Regierungspräsident hat unterm 6. November 1909 aufs Neue verfügt, daß die Gehaltsregistrierung für die städtischen Beamten in einer ausreichenden Weise ebenfalls durchgeführt werden soll.

Der Herr Regierungspräsident hat es den Bürgermeistern ausdrücklich zur Pflicht gemacht, die Befoldungsverhältnisse der ihnen unterstellten Beamten und Angestellten einer eingehenden Prüfung daraufhin zu unterziehen, ob durch das Gehalt ein der Dienstleistung entsprechender Unterhalt gewährleistet wird.

Der Herr Regierungspräsident hat endlich die Bürgermeister beauftragt,

unverzüglich mit entsprechenden Anträgen an die städtischen Körperschaften heranzutreten.

In einer Broschüre des Bürgermeisters Baedeker-Schleiflingen, betitelt: „Jedem das Seine“, wurden die streitenden Mängel der teilweise unerbötlich niedrigen Befoldungen der Bürgermeister treffend an den Pranger gestellt. Eine Gemeinde, welche nicht standt imstande zu sein, den Organismus einer städtischen Verwaltung sich leisten zu können mit den dafür angemessenen Befoldungssätzen, muß auf ihre Stadtrechte verzichten und die Zügel eigenen Regimes wieder in die Hände des Staates zurückgeben.

Unterm 14. November dieses Jahres nahm sich die „Halle'sche Allgemeine Zeitung“ in einem gleichfalls „Jedem das Seine“ überschriebenen Leitartikel unserer Sache an.

Der Herr Regierungspräsident hat in seiner Verfügung vom 6. November den Bürgermeistern die schwerwiegende Verantwortung zuzuschreiben, die sie auf sich zu nehmen haben, wenn sie nicht durch die Befoldungsverhältnisse der ihnen unterstellten Beamten und Angestellten eine eingehende Prüfung und bei hartnäckiger Weigerung der Gemeinde das in § 11 des Kommunalbeamtengesetzes vom 20. April 1899 vorgesehene Verfahren in die Wege zu setzen. Dieses Geheiß lautet:

„Die Aufsichtsbehörde kann in Fällen eines ausfallenden Mißverhältnisses zwischen der Befoldung und den amtlichen Aufgaben der Beamten die Befoldung der städtischen Beamten die zu einer zweckmäßigen Verwaltung angemessen und der Leistungsfähigkeit der Stadtgemeinde entsprechende Befoldungsbeträge bewilligt werden, insoweit nicht die Befoldung der betreffenden Stelle durch Ortsstatut festgelegt ist. Im Falle des Widerspruchs der Stadtgemeinde erfolgt die Feststellung der Befoldungsbeträge durch Beschluß des Bezirksausschusses.“

Es erging daher einer ganzen Anzahl Magistratsbirgermeistern mit der wohlmeinenden Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 6. November 1909, daß sie nur lagen konnten: „Die Hofkammer hört ich wohl, allein mir fehlt der Glaube“ — nämlich an die Herren Stadträter.

Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen hat den Regierungspräsidenten zu Merseburg ersucht, über das Ergebnis unserer heutigen Verhandlungen ihm Bericht zu erstatten.

Von einem Bürgermeister, welcher sein Erscheinen abgelehnt hat, ist anzunehmen, daß er sich nicht an die Kommanden der Herrschaft zu leistende Staatsarbeit hinzuwenden.

Nach den vorliegenden Anträgen und Material erscheint es mir notwendig, unsere Debatte nach zwei Gesichtspunkten zu gliedern:

1. „Vereinbarung von Grundrissen (Mindestforderungen) für die Befoldung der städtischen Kollegien in bezug auf die Befoldungen der städtischen Beamten und eventuelle Anträge hierzu an den Herrn Regierungspräsidenten.“

2. „Beschlußfassung für Anträge an die Staatsregierung und das Parlament eventuell nach Zuziehung weiterer Kreise (Stadttage) in bezug auf gesetzliche Maßnahmen zur Regelung der Einkommen der Magistratsmitglieder (Bürgermeister) und der Gewährung von Staatszuschüssen an die Kommunen für Befolgung von Staatsgeschäften, und zu Änderungen der Städteordnung, des Zuständigkeitsgesetzes und des Kommunalbeamtengesetzes.“

Darüber herrscht wohl allenthalben Klarheit, daß die Kommunalauflaufsbehörden nicht in der Lage sind, in die Befoldungsverhältnisse eines einmal befähigten Magistratsmitgliedes während dessen Amtsdauer einzugreifen.

Hinsichtlich der Befoldung der übrigen Beamten der Stadtgemeinden, der städtischen Gemeindebeamten aber kann nach § 11 des Kommunalbeamtengesetzes die Kommunalauflaufsbehörde außer im Falle statutarischer Festlegung jederzeit einschreiten.

Nach der neuen Befoldungsordnung erhalten Lehrer 1400 Mark Anfangsgehalt und daneben ein Wohnungsgeld. Es muß gefordert werden, daß die städtischen Sekretariate Beamten mindestens daselbe Anfangseinkommen erhalten. Den meisten Lehrern fließen ohnehin eine ganze Reihe Nebenbedienste zu (Fortbildungsschule, Privatunterricht, Küster), ganz abgesehen davon, daß sie 11 Wochen ungelohnte Ferien haben, während die städtischen Beamten sich nicht über 4 Wochen Urlaub werden leisten können; die wöchentlichen Schulstunden der Lehrer etwa im Durchschnitt 30, die der städtischen Beamten 50 betragen.

Nach den neuen Befoldungsordnungen erhalten Eisenbahnassistenten 1650 Mark Grundgehalt, Postassistenten 1800 Mark außer Wohnungsgeld.

Ich bitte zu beschließen, sei Mindestforderung für Anfangsgehalt der städtischen fest angestellten Sekretariate oder mittleren Beamten festzusetzen 1400 Mark, zuzüglich des für Lehrer des betreffenden Ortes vorgeschriebenen Wohnungsgeldes.

Das Anfangsgehalt der Polizeiergeanten muß mindestens gleichgestellt werden dem Anfangseinkommen der Weichensteller, Bahnwärter und Postkaffner (untere Befoldungsklassen der Reichs- und Staatsbeamten, mit 1100

Mark, zuzüglich Wohnungsgeld entweder nach den preussischen Normen oder dem Tarife für Reichsbeamte und zuzüglich eines angemessenen Altbetriebsgeldes).

Die Lehrer erhalten mindestens 9 Alterszulagen im Gesamtvertrage von 1900 Mark, die Postassistenten erhalten nach der neuen Regelung 7 Zulagen im Betrage von 1500 Mark.

Die Eisenbahnassistenten erhalten nach der neuen Ordnung 7 Zulagen im Betrage von 1650 Mark.

Wenn wir in aller Bescheidenheit hieron das Niedrigste herausziehen, so müssen wir für untere städtischen mittleren Beamten Alterszulagen im Mindestvertrage von 1500 Mark fordern.

Das Höchstgehalt ergibt sich hierbei von selbst mit einem Betrage von 2000 Mark außer dem geforderten Wohnungsgelde.

Für die Alterszulagen der Polizeiergeanten wären die Verhältnisse der Postkaffner und Weichensteller (Klasse 1b der preussischen Klasse 2 und 3 der Reichsbeamten) in Betracht zu ziehen. Die Postkaffner erhalten 6 Alterszulagen im Gesamtvertrage von 500 Mark; die Weichensteller erhalten 6 Zulagen im Betrage von ebenfalls 500 Mark.

Diese 500 Mark Alterszulagen müssen wir n. E. für die städtischen Polizeiergeanten als Mindestalterszulagen unbedingt fordern.

Ich fasse meinen Antrag also dahin zusammen: Die heutige Konferenz der Magistratsbirgermeistern und Stadtordnungsvorsteher beschließt festzusetzen, als ausreichte Befoldung im Sinne der Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 6. November 1909 kann es nur angesehen werden, wenn mindestens beträgt,

a) für mittlere (Sekretariatsbeamte) das Anfangsgehalt 1400 Mark, die Alterszulagen 1500 Mark, mithin das Höchstgehalt 2900 Mark, außerdem das für die Lehrer in der betreffenden Stadt gewährte Wohnungsgeld;

b) für Polizeiergeanten das Anfangsgehalt 1100 Mark, die Alterszulagen 500 Mark, mithin das Höchstgehalt 1600 Mark, außerdem Wohnungsgeld nach Wohnungsgeldtariffklasse VI der Reichsbeamten oder nach den entsprechenden Normen für die preussischen Staatsbeamten;

c) für andere Unterbeamten, insofern sie im vollen Dienste der Stadt stehen (Kassier, Nachschußleute usw.), ein dem Anfangseinkommen der Polizeiergeanten gleiches Einkommen mit der halben Steigerung.

Der Herr Regierungspräsident und der Herr Verwaltungsgeschäftsdirektor werden dringend gebeten, unsere Forderungen mit allem ihnen zu Gebote stehendem Nachdruck zu vertreten und nach Prüfung unserer Forderungen nach Benehmen mit dem Bezirksausschuss schon jetzt Badstätt den Kommissar in der Sache zu beauftragen, in dem Sinne, daß Befoldungserhöhungen unter diesen Normen nicht auf Genehmigung von Aufsichtswegen rechnen können.

In der Diskussion wurde darauf gewandt, die Lehrer in ihren Bezügen zu den Gemeindebeamten in Parallele zu bringen, die Lehrer seien ein engqualifizierter Stand mit besonderem Lehrgang und besonderem Eramen.

Verwaltungsgeschäftsdirektor Klinkhoff-Merseburg meinte, vom Bezirksausschuss dürfe man kein allgemeines Eingreifen verlangen, nur wo wirklich ein Mißverhältnis vorliege, schreibe er ein. Von Fall zu Fall müsse geprüft werden, namentlich die Leistungsfähigkeit der Gemeinden, die sehr variiere, nicht außer Acht zu lassen. Uebertriebene Forderungen möge man von vornherein ausschalten, man habe doch mit der Selbstverwaltung zu rechnen. Sie finde ihren Ausdruck in den Stadtordnungsvorstellungen.

Und wo kein Geld ist, könne auch der Bezirksausschuss kein Geld schaffen.

Nach längerer Diskussion beschloß man, daß Anfangsgehalt der mittleren Verwaltungsbeamten soll im allgemeinen nicht unter 1400 Mark betragen; daneben sei ein nach den Ortsverhältnissen sich regelnder Mietszuschuß zu gewähren; das Höchstgehalt soll in der Regel einschließlich aller pensionsfähigen Bezüge nicht unter 2900 Mark betragen. Die Polizeiergeanten sollen, damit sie wirtschaftlich selbständig sind und nicht etwa auf private Bezüge zu rechnen brauchen, im allgemeinen mit einem Mindestvertrage von 1100 Mark beginnen, einen der Leistung angemessenen Wohnungszuschuß erhalten und in ihren Endgehältern in der Regel nicht unter 1600 Mark bleiben.

Ein Antrag, im Interesse der ausreichenden

Befoldung der Bürgermeister

dem Regierungspräsidenten vorgelegt zu werden, er möge auf eine genügende Normierung der Gehälter neuausgewählter Bürgermeisterstellen hinwirken, wurde zurückgewiesen, nachdem Verwaltungsgeschäftsdirektor Klinkhoff dargelegt hatte, daß der Bezirksausschuss schon seit langen Jahren die Praxis verfolgt, gerade auch auf eine genügende Befoldung der Bürgermeisterstellen zu drängen.

Der Regierungsdirektor, Herr Regierungsrat Knobloch, sprach am Schluß dem Einberufer und Verammlungsleiter, Bürgermeister Kretschmar, die Anerkennung der Regierung aus, die Dank einer Initiative durch die Beschlüsse der Konferenz nunmehr eine wertvolle Handhabe zur Regelung der Angelegenheit gewinne.

Handelskammerwahlen.

Die vorletzten in Naumburg a. S. für den 2. Wahlbezirk (Kreise Ebertsberg, Naumburg und Querfurt) vorgenommenen Wahlen zur Handelskammer hatten zum Ergebnis, daß Herr Kommerzienrat Rudolph Roeder in Naumburg a. S. (Firma Klotz & Poser) auf 6 Jahre wieder gewählt, und an Stelle des auscheidenden Herrn Grafen von Schulenburg-Wittenburg Herr Kaufmann Waldemar Kabisch in Rebra für dieselbe Zeit neu gewählt wurde. Die Erghaltung an Stelle des verstorbenen Herrn Bergwerksdirektor Mann fiel auf Herrn Kaufmann Alfred Höhl, in Firma J. G. Höhl & Söhne in Naumburg.

Die Beteiligung war eine recht lebhafte, 119 Firmen gaben ihre Stimmen ab; in der Ergänzungswahl fielen von 265 Stimmen 54 auf Herrn Rittergutsbesitzer Nauz in Großjena, Vorstandsmittglied der Zuderkafferei Laucha.

Derbrennerleistungen. Der „Reichsanzeiger“ meldet in seiner geliebten Ausgabe: Dem Rechtsanwalter und Notar Justizrat Adolf Wehler zu Halle a. S. ist der Note Niedersorden 4. Klasse und dem Rechtsanwalter und Notar Justizrat Kurt Elze zu Halle a. S. ist der Rgl. Aronensorden 3. Klasse verliehen worden.

Ein diebstahliger Kontorist. Der in einer hiesigen Maschinenfabrik angestellte 55jährige Kontorist Otto W. veruntreute über 1800 Mark und flüchtete.

Erholungsheim. Am Mittwoch, den 8. Dezember, pünktlich 9 Uhr findet im Erholungsheim Weidenplan 20 ein Vortrag mit Lichtbildern statt über die Nebenberufsanlagen. Zum Schluß werden Löwe'sche Palladen und Weingärtner vorgetragen. Der Eintritt kostet 15 Pfg.

Vermischtes.

Ein italienischer Bürgermeister als Fahrgänger. Seltsame Zufälle häuften in dem Städtchen Granit bei Messina zu be...

Ein offener Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Brandstifterin aus Viede am Feuer. In der französischen Gemeinde Trahan-Saint-Jean-Brevelan brannten in den letzten Wochen verschiedene Scheunen...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

Ein neuer Markttag nidergeschloffen. Ein italienischer Bürgermeister, das Städtchen von Amafii, wurde von einem Notar des Städtchens...

26. Ziehung 5. Klasse 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

Table with 5 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers like '2000er', '1000er', '500er', '200er', '100er'.

1500er 1er bis 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

Table with 5 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers like '1500er', '1000er', '500er', '200er', '100er'.

Letzte Nachrichten.

Großfeuer in einem Gaswerk.

H. Hamburg, 7. Dez. (Medung von Louis Hirtzle Telegraphenbureau.) Heute nachmittag 4 Uhr drach in dem neuen Gasometer der Gaswerk auf Grasso...

Eine neue freiwilige Interpellation.

H. Berlin, 7. Dez. Ueber das Kassendebit und die Haltung des preussischen Handelsministeriums in dieser Angelegenheit wird eine Interpellation von Seiten der freiwiligen Fraktionsgemeinschaft...

Vom Zündholzsyndikat.

H. Berlin, 7. Dez. Die Verhandlungen wegen Bildung eines Zündholzsyndikats sind zu einem vorläufigen Abschluß gekommen.

Der Staatsanwalt verzichtet auf Revision.

H. Kiel, 7. Sept. Wie die „Kiel. N. N.“ melden, hat der Staatsanwalt die Revision im Kieler Westprozess zurückgegeben.

Verurteilung eines Prokbes.

□ Bozen, 7. Dez. (Privattelegramm.) Von der kaiserlichen Kammer wurde der Prok Kurzhof wegen Verleitung des Dezers Luener zu hundert Mark Geldstrafe verurteilt.

König Leopolds Ende bevorstehend.

H. Brüssel, 7. Dez. Der in Hoffriesen gewöhnlich gut unterrichtete „Patriote“ meldet, daß der Zustand König Leopolds besorgniserregend ist.

Der Papst fordert zur Bildung eines französischen Zentrums auf.

— Paris, 7. Dez. Man findet eine päpstliche Enzyklika über die französische Politik an. Der Papst zeigt die Vorteile, die in Deutschland die Aufrichtung des Zentrums der Kirche gebracht hat...

26. Ziehung 5. Klasse 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

Table with 5 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers like '2000er', '1000er', '500er', '200er', '100er'.

1500er 1er bis 221. Kgl. Preuss. Lotterie.

Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Nachdruck verboten.)

Table with 5 columns of lottery numbers and their corresponding prizes. Includes sub-headers like '1500er', '1000er', '500er', '200er', '100er'.

Provinzial-Nachrichten.

Großfeuer.

Überfall, 6. Dez. In dem benachbarten Fuhrbach brach auf noch unentdeckte Weise Feuer aus...

Die Weiterleitung eines sozialdemokratischen Gewerkschaftshauses.

Kaffee, 6. Dez. Kurz nach Beheben ist hier das sozialdemokratische Gewerkschaftshaus...

Dieses Ergebnis bedeutet, daß sämtliche Forderungen der Handwerker unerschütterlich bleiben.

Einlegung, 6. Dez. (Siebzehntausend erreicht.) Die Einmengenabfuhr unserer Stadt betrug am Schlusse des Monats November 17 000.

Unterfischung, 6. Dez. (Unterfischung von Schulparaffin.) Lehrer Lehmann von hier ist von seinem Amte plößlich suspendiert worden.

Stumsdorf, 6. Dez. (Kohlengasvergiftung in der Kirche.) In der heiligen Kirche wurden während der Konfirmation Kinder infolge Einatmens von Kohlengas...

Ernt, 6. Dez. (Ein diebischer Bureauassistent.) In einer verlassenen Privatwohnung in Götting wurde dieser Tage ein großes Lager von Waren entdeckt.

Ernt, 6. Dez. (Tod im Schnee.) Der Kaufmann Philipp Bender, der dieser Tage eine Geschäftsreise durch die Thüringer Gebirge unternahm...

Gerode, 6. Dez. (Fahrt in Hindernisse.) Einer der Nachmittagszüge der Gerode-Spazierender Eisenbahn mußte auf der Strecke zwischen Mündelberg und Sternbach gefahren werden.

Thale, 6. Dez. (Die schlechten Zeiten.) Während der Jahresfrist in der Deffinitivität die Nachfrist all-gemeines Erkantens hervorrief...

Thale, 6. Dez. (Goldene Hochzeit.) Der Steuer-aufsicher Spielende beging mit seiner Gattin in seltener Mäßigkeit das goldene Hochzeitssilbium.

Thersheim, 6. Dez. (Zugend von heute!) In dem nahen Dorfe C. haben zwei Töchter eines Oetomons im September und November Muttertenden erlebt.

Stenbal, 6. Dez. (Eine Bande von Tälchen-dieben) scheint auf dem Bahnhofs ihr Wesen zu treiben. Es handelt sich um junge Vagabunden...

Söffen, 6. Dez. (Selbstmord.) Heute wurde der Handelsmann Schmidt auf seinem Gute legend tot aufgefunden. Schmidt hat sich wahrheitsgemäß während der Nacht die Pulsader am linken Arm geöffnet...

Inhaltungsblatt.

In Ehre und Redt. Roman von O. Ellert. (Fortf.) - Synone. Erzählung von Matsch von Ehrlich. (Schluß.) - Verlassen. Skizze von Max Daubich. - Der Buchstich.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Volkow; für den Feuilleton-Teil: Hermilches Paul Schauburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endruhat; Druck u. Verlag von Otto Henschel.

- Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. -

entsprechend "Inhaltungsblatt".

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der Saale-Ztg.)

3 Uhr 10 Min. Kredit 210,25, Diskonto 196,75, Deutsche Bank 248,37, Paketfahrt 133,75, Nordd. Lloyd 103,75, russische Anleihe von 1902 91,60, Laurahütte 196,50, Bochumer Guss 250,50, Harpener 206,37, Gelsenkirchener 216,87, Berliner Handelsgesellschaft 181,37, Baltimore 116,20, Kanada 191,25, Phönix 212,40, Dresdner Bank 161,37, Schaaffhausen 146,75, Lombarden 32,20, A. E. C. 26,20, Siemens & Halske 245,50, Deutsche Uebersee 181,20, Tendenz: Ruhig.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: Held & Francke 3,25, Westergelen 3, Frister & Rossmann 3, Riehm & Söhne 2, Stern, Fabrik Charlottenburg 3,50, Deutsche Gas-Gesellschaft Deutsche Lichtbörse, 2, Hostettler-Ges. 2, Strals. Spielk. 2,50, Schönebeck Metall 2, Linde, Wachsbleiche 2, Nordd. Woll 2, Vereinigte Glasstoff-Fabr. 2, Mechanische Spinnerei 3, Eisernen Krait 2,25; niedriger: Adler-Fabrik 2, Aluminium-Ind.-Ges. 2, Leipziger Werkzeug Glätze 4, Linke 2,90, Panzer 2,25, Weyer Hahnen 2, Antimark 3,50, Gerloff Renner 2,25, Bremer Lohndruck 2, Müller Seifezets 3, Schweig, Glasfabrik 2, Gr.-Cerau Oelbarr. 2, Bergmann Elektr. 3, Trachenberg Zucker 2, Rhein. Westhoff 3.

Londoner Börse vom 7. Dez. Es notierten: Engl. Konsol. 93,51, Rio Tinto 71,50, Geduld 9,53, Goldfields 6,00, Steel com. 51,60, Steel priv. 147,55, Rand Mines 9,00, Anaconda 9,68.

Vom internationalen Zuckermarkt.

Nh. Während der abgelaufenen Berichtswoche fanden mehrere Schwankungen statt. Anfangs stand der Markt unter dem Einflusse des Ergebnisses der zweiten Fabrikumfrage nach der Höhe der europäischen Erzeugung. Zunächst verstärkten die Zahlen zwar etwas, wurden dann aber, infolge der privaten Spekulation, die namentlich in London umfangreichere Erhöhungen erwartet hatte, ging an den englischen Märkten mit neuen Käufen vor. Dadurch wurden auch die kontinentalen Plätze zuversichtlich gestimmt. Der Verkehr war an den deutschen Märkten sehr lebhaft. Die deutschen Raffinerien leisteten die Bewegung ein und erhielten sie. Da sie selbst gegen den Absatz ihrer Produkte im Inlande wie nach dem Auslande hatten, zeigte sie rege Kaufkraft für Rohware und entnahmen dem Markte große Posten. Das Angebot der Rohzuckerproduzenten war verschiedentlich nicht umfangreich genug, die Nachfrage der Raffinerien zu befriedigen, und diese griffen deshalb mehrfach nach das Angebot der zweiten Hand zurück, die Deckung im Terminmarkt suchte. Auch die englischen Raffinerien bekundeten gute Kaufkraft und zahlten bis zu 13/10 d. London. Ein Gerücht, wonach Russland zur Deckung des Ausfalls der eigenen Ernte deutschen Zuckers gekauft haben sollte, erwies sich als falsch. Ähnliche Feststellungen bezögen die zu erwartende Zuckererzeugung Russlands 53 000 Tons höher als das letzte Ergebnis der Vereinigung angibt; das sind 53 100 Tons weniger, als die Erzeugung im vorangegangenen Betriebsjahr betrug. Nach abermaliger kräftiger Erhöhung der Preise trat auf umfangreiche Gewinn-Glattsstellungen in London scharfer Rückgang der Preise ein.

Die statistischen Verhältnisse zeigen folgende Veränderungen: Der Hamburger Lagerbestand vermehrte sich um 3300 (Vorjahr Abnahme um 31 000) Sack und beläuft sich nunmehr auf 742 400 (Vorjahr 204 900) Sack. Die englischen Vorräte wiesen nach einer Vermehrung um 26 800 (Vorjahr Abnahme 22 200) die Höhe von 547 600 (Vorjahr 600 000) auf. Die Stocks in der amerikanischen Union nahmen um 7000 (Vorjahr 8000) Tons ab und betragen jetzt rund 100 000 (Vorjahr 176 000) Tons. Die sichtbaren Weltvorräte stellen sich nach 4700 (Vorjahr 7500) Tons Abnahme auf 1 501 600 gegen 1 934 600 Tons zu der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Am K o r n z u c k e r m a r k t herrschte zu Anfang stetige, später lebhafte Haltung. Bei lebhaften Umsätzen wurden die Preise um 15 bis 20 Pfg. für den Zentner herabgesetzt. Die billigeren Preisgebote der Raffinerien fanden Ablehnung. Im weiteren Verlaufe wurde das Angebot der Produzenten sehr groß, es fand aber an den meisten Tagen statt Unterkauf. Auch die zweite Hand kam in die Lage, Rohware an die Inlandraffinerien abzugeben. Ware aus der nächstjährigen Ernte war wiederum in reichlichen Mengen angeboten und wurde sowohl von den Raffinerien als auch vom Exporthandel aufgenommen. Am Schluss wurde die Haltung matt, und der größte Teil des Wochengewinns ging wieder verloren, da die Produzenten mit so bedeutendem Angebot hervortraten, dass dessen Unterbringung nur zu rückgängigen Preisen möglich war. Es bleibt noch ein Wochengewinn von 2½ Pfg. für den Zentner übrig. - Am T e r m i n m a r k t e traten mehrere Schwankungen hervor. Zu Anfang gingen die Preise 5-7½ Pfg. für den Zentner zurück, wurden aber durch die Haltung fest, und die Preise zogen 22-27½ Pfg. an. Diese scharfen Erhöhungen wurden zu umfangreichen Glattsstellungen benutzt, so dass neuer Preisabschlag eintrat und nur noch ein Wochengewinn von 2½ bis 4½ Pfg. übrig bleibt. - Am R a f f i n a d e m a r k t e herrschte lebhaft tendenz. Es kam zu umfangreichen Geschäften, sowohl mit der Kundschaft des Inlandes als auch mit den englischen Interessenten.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktendörse, 7. Dez. Am Frühlmarkt notierten Weizen inl. 214-215, Roggen inl. 160-161,50, Hafer, märkischer, mecklenburger, pommerischer, preuss., rossischer o. schlesischer inl. 171-180, mittel 164-170, weinl. 165, rossischer mittel u. weinl. 168-165, Weizen, inl. 188-192, Gerste, inl. und ausländ. mittel und geringe 148-152, gute 154-172, russische und Donau leichte 185 bis 181, Bohnen inl. und ausländischer Putzerware 162-169, kleine gross, es fand aber an den meisten Tagen statt Unterkauf.

Magdeburger, 7. Dezember. Für 1000 kg netto ab Station. Weizen russ., englischer, neu, gut 104 - 912, mittel - - -, ausländischer gut - mittel - - - Roggen russischer, inländischer gut 183-185, mittel - - -, ausländischer gut - mittel - - - Gerste mitt., hies. Cheval, gut 165-175, mittel - - - Land, gut 155-162, mittel - - -, ausl. Putzer gut 150-160, mittel - - - Hafer still, inländischer gut, gut 160-165, mittel - - -, ausländischer gut - mittel - - - Mais fest, runder gut 184-187, mittel - - - bunter amerikanischer gut - mittel - - -

Hamburg, 7. Dez. (Getreidemarkt) Weizen ruhig, Ostholst. Mecklbg., 180-195, Roggen still, Mecklbg. und Pomm. 153-165, Gerste ruhig, stilles, 180-195, Hafer fest, Holst., Mecklbg. 180-195, Mais fest, La Plata 1 0-1 121. Post, 7. Dez. Weizen behält, par April 13,79 Gd., 13,81 B, Roggen par April 9,99 Gd., - Br. Hafer par April 7,56 Gd., 1,58 B. Mais par April 6,62 Gd. Antworten, 1. Dez. Deutscher La Platzung, Kontrakt B, par Dez. 4,80, Febr. 3,70, April 3,50, Juni 3,50, Aug. 3,47 1/2, Fr. Beh. Dmava 180,000 kg. Liverpool, 7. Dez. Roter Winterweizen per Okt. 7,8 1/2, par Mai 7,7 1/2, Fest, Mais, bunter, amerikanischer per Okt. 7,8 1/2, par Mai 7,7 1/2.

Zucker.

Hamburg, 7. Dez. Rübenzucker, 1. Produkt, Basis 86 1/2, Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per November nachm. abends per Dezember . . . 14,40 13,83 12,58 Mb. per Januar . . . 14,40 13,83 12,58 Mb. per März . . . 14,40 13,83 12,58 Mb. per Mai . . . 14,40 13,83 12,58 Mb. per August . . . 14,40 13,83 12,58 Mb. per Okt.-Dez. . . 14,40 13,83 12,58 Mb. still ruhig ruhig

Kaffee.

Hamburg, 7. Dez. Good average Santos vorm. nachm. abends per Dezember . . . 26 1/2 Gd. 26 1/2 Gd. 26 1/2 Gd. per Mai . . . 26 1/2 Gd. 26 1/2 Gd. 26 1/2 Gd. per September . . . 26 1/2 Gd. 26 1/2 Gd. 26 1/2 Gd. Havre, 7. Dez. Kaffee good average Santos per Dez. 42 1/2, per Mai 42 1/2, per Sept. 42 1/2. Rio de Janeiro, 7. Dez. Kaffee-Zufuhren 29 000 Sack in 10 30 000 Sack in Santos.

Kartoffelmehl und -Stärke.

Berlin, 7. Dez. Kartoffelmehl und -Stärke 23,00-23,50, Feuchte Stärke 11,80. Magdeburg, 7. Dez. Prima Kartoffelmehl und -Mehl für 130 kg 23,50-23,50.

Spiritus.

Nordhausen, 7. Dez. Branntwein 40 Vol. Prom. für 100 kg (100-106 kg) 85,92-86,45 Mk. 45 Vol. Prom. für 100 kg (106-107 1/2) 95,92-96,45 Mk. per Ioko-Lieferung ohne Frass ab Brennerei.

Feinwaren und Oele.

Köln, 7. Dez. Bldoloko 59,00, per Oktober 66,50. Hamburg, 7. Dez. Steatdmals 79,00, amerik. Steam 65,50, Chamosol 76,50.

Chemische Produkte.

Hamburg, 7. Dez. Chlorsilber per 100 8,57 1/2, Fein-Mars 8,57 1/2, Fein-Salzölzucker.

Wolle.

Bremen, 7. Dez. Baumwolle still, Uploko middl. 73,50 Pts. Liverpool, 7. Dez. Baumwolle, Umsatz 8 000 Ballen, davon Import 4 000 Ballen, davon Amerikaner 67 000 Ballen. Liverpool, 7. Dez. Asgyptische Baumwolle per Jan. 18,28, Alexandria, 7. Dez. Asgyptische Baumwolle per Jan. 24,17, März 24,19, Nov. 21,04.

Metalle.

London, 7. Dez. Chili-Kupfer stetig 98, 9 Mon. 60 1/2, Zinn stark fest 14 1/2, 9 Mon. 14 1/2, Blei span., ruhig 13 1/2, englisch 13 1/2, Zink, gewöhnliche Marke, fest 23 1/2, spec. Marke 23 1/2.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldungen via Azoren-Banden. New York, 7.12. 6.12. Chicago, 7.12. 6.12. Weizen p. Dez. 117 1/2, 117 1/2, Weizen p. Dez. 107 1/2, 107 1/2. Mais p. Dez. 114, 114 1/2, Mais p. Dez. 86 1/2, 86 1/2. Kaffee Fair Rio Nr. 7, 8,08, 8,08, Kaffee Fair Rio Nr. 7, 8,08, 8,08. Petroleum in Cases 10,43, 10,45, Petroleum in Cases 10,43, 10,45. do. in New York 8,05, 8,05, do. in Philadelphia 8,05, 8,05.

Wasserstände.

(+ bedeutet über - unter Null)

Table with columns: Name, Saale und Unstr., Fall, IVuch. Rows include: Ärtzen, Brückenspiegel, Nehra, Oberpegel, Weissentitz, Oberpegel, Frotha, Alsböben, Oberpegel, Harburg, Oberpegel, Kalbe, Oberpegel, do. Unterpegel.

Table with columns: Name, Dez., Fall/Wuch., Dez., Fall/Wuch. Rows include: Südwies., Prag., Leop., Vardubitz., Brandeb., Bielitz., Lemmeritz., Anst., Dresden.

Angst, 7. Dez. Papiertand plus 106 am, Vom Oberlauf werden 100 am Füll gemeldet.

Prämien-Kursbericht.

der Bankfirma Samuel Zielesinger, Berlin, Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin“.

Die Firma war heute zu nachstehenden Sätzen Verkäufer für Vorrämen bzw. Käuter für Rückprämen:

Table with columns: Vorrämen, Rückprämen, Dezember, Januar, Dezember, Januar. Rows include: Lombarden, Franzosen, Palämoner, Osman, Türkei, Darstadt, Disc. Comm., Nordd. Lloyd, Prinz Henrich, Gr. Berl. Strb., Gr. Reichs inl., Russen v. 1909, Bochnumer, Laura, Gelsenkirch., Harpener, Phönix, D.-Luxemb., Dortmunder, A. E. G.

Nachfrage- und Angebot-Preise von Kalk-Kuzen.

von Samuel Zielesinger, Berlin und Essen, 7. Dez.

Table with columns: Name, Geld, Brier, Hugo, Urdt, Bndt. Rows include: Ader-Kali V.-A., Alsdershall, Bienenrode, Barchsch, Carstener, Ocellenhal, Deadomona, Deuch. Kalk-Akt., Deutschland, Friedrichshall, Gütchen, Sondershausen, Gütchenhall, Hans, Kalk-Akt., Hansa, Harzer Vora.-A., Harz, Haldungen I, Haldungen II, Hornemann II, Hohenberg, Hoheneckmann.

